

Region

Debatten im Stadtrat: In Mundart oder auf Schriftdeutsch?

Biel Die deutschsprachigen Bieler Stadträte dürfen am Rednerpult Mundart oder Schriftdeutsch sprechen. Einige Parlamentarier stören sich am Hochdeutschen; andere beklagen sich, dass sie zu wenig Berndeutsch verstehen.

Didier Nieto/pl

Ohne es zu wollen, löste der Präsident des Bieler Stadtrates, Leonhard Cadetg (FDP), im vergangenen November eine Diskussion über die Wahl der Sprache im Stadtparlament aus. Den Stein ins Rollen brachte Cadetg, als er sich während einer Sitzung an die deutschsprachigen Volksvertreter wandte und sie bat, ihre Voten in Mundart und nicht auf Schriftdeutsch vorzutragen.

Die Geschäftsordnung des Stadtrates sieht unter Artikel 4 vor: «Jedem Stadtratsmitglied ist es freigestellt, sich auf Deutsch (Mundart oder Schriftdeutsch) oder auf Französisch zu äussern.»

«Es wird schlechtes Schriftdeutsch gesprochen»

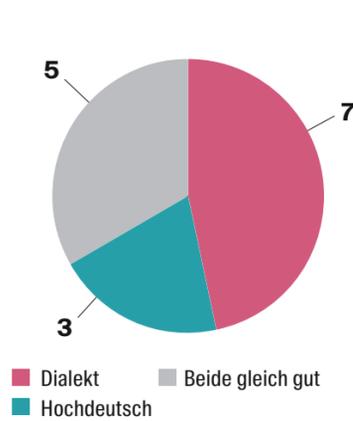
«Ich habe keine Weisung erteilt», stellt der Ratsvorsitzende klar. Er habe lediglich einen Wunsch weitergeleitet, der an ihn herangetragen wurde. Tatsächlich hatte sich ein Stadtrat über den Gebrauch des Schriftdeutschen beklagt. Er und andere Parlamentarier würden Schweizerdeutsch besser verstehen. Zu Cadetgs Überraschung kam das Anliegen von einem Romand, nämlich von Pierre Ogi (PSR).

Dieser bestätigt seinen Unmut. Er findet, dass im Stadtrat «schlechtes Schriftdeutsch» gesprochen werde: «Es widerstrebt mir, wenn sich Deutschschweizer partout auf Hochdeutsch ausdrücken wollen. In der Schweiz wird Schweizerdeutsch gesprochen. Das ist unsere offizielle Sprache», so Ogi.

Ruth Tennenbaum (Passerelle) gehört zu den Volksvertretern, die für ihre Wortmeldungen Schriftdeutsch wählen: «Ich denke, dass diese Sprache von allen verstanden wird. Schliesslich wird sie in der Schule gelehrt.»

Die Romands im Parlament und ihre Sprache

Welche Sprache ist für Sie am leichtesten verständlich?



GRAFIK: BT/ml

Menschen, die nicht aus Biel stammten und wenig Zugang zum «Bärndütsch» haben, dürften mit Schriftdeutsch eher zurecht kommen, glaubt Tennenbaum. Die Stadträtin versichert, dass sie durchaus bereit sei, sich den sprachlichen Bedürfnissen anzupassen. «Ich will ja, dass meine Anliegen von allen verstanden werden.» Was sich die Romands wünschen, ist nicht offiziell bekannt. «Dafür müsste man eine Befragung machen», so Tennenbaum.

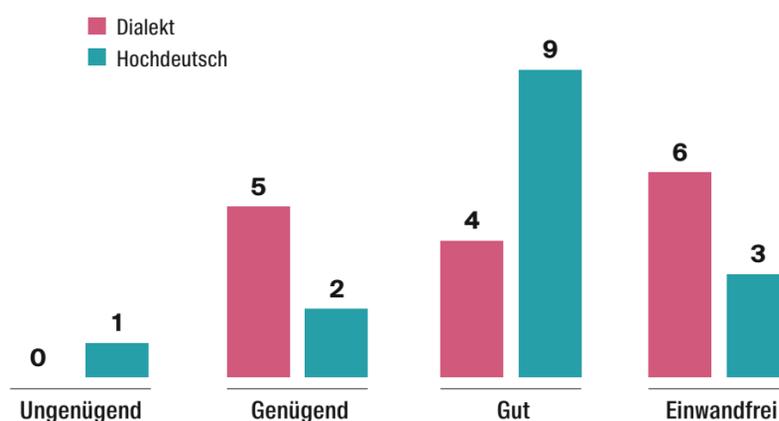
Genau das hat das «Journal du Jura» gemacht: Den 16 französischsprachigen Stadträten wurde ein Fragebogen zugesandt. 15 Parlamentarier haben geantwortet. Das Resultat der Befragung: Eine kleine Mehrheit der Romands befürwortet die Mundart. Erstaunlicherweise räumte ein Drittel der Befragten

ein, «Bärndütsch» nur teilweise zu verstehen. Demgegenüber haben nur drei Romands Mühe mit dem Schriftdeutschen.

Die Bieler Eigenarten bewahren

«Nach der Umfrage wissen wir noch weniger, was zu tun ist», meint Ruth Tennenbaum amüsiert. Sie stellt fest, dass die Romands mit zwei unterschiedlichen Versionen der deutschen Sprache klarkommen müssen: «Die eine wird gesprochen und die andere geschrieben.» Urs Scheuss (Grüne) bestätigt die Beobachtung seiner Ratskollegin: «Deutschschweizer erleben die Zweisprachigkeit anders als die Romands. Wir lernen in der Schule Französisch, so wie es geschrieben und gesprochen wird. Umgekehrt sind die Verhältnisse nicht vergleichbar.»

Wie beurteilen Sie Ihre Sprachkompetenz in Hochdeutsch, bzw. in Dialekt?



Der Fragebogen wurde an 16 frankophone Stadträte gesandt; 15 der Angefragten haben geantwortet. Die Volksvertreter äusserten sich zu ihrem Verständnis des Berndeutschen und der Schriftsprache. Sie mussten sich für eine von vier vorgegebenen Antworten entscheiden: ungenügend (ich verstehe nicht, was am Rednerpult gesagt wird); genügend (ich verstehe das Votum teilweise); gut (ich verstehe das Anliegen im grossen Ganzen); einwandfrei (ich verstehe alle Feinheiten der Sprachwahl, Wortspiele, Anspielungen usw.).



Leonhard Cadetg
Stadtratspräsident

«Ich bleibe für alle Vorschläge offen.»

Leonhard Cadetg,
Stadtratspräsident

Während im Bieler Parlament noch «Bärndütsch» und Schriftdeutsch gesprochen wird, hat sich in den eidgenössischen Kammern aus Rücksicht auf die anderen Landessprachen das Schriftdeutsche durchgesetzt. Die Bieler Romands wünschen keine bundesbernerischen Verhältnisse im Stadtrat: ««Bärndütsch» ist eine Bieler Eigenart, die wir nicht verlieren möchten. Wer in Biel politisiert, muss zumindest ein wenig Mundart verstehen», fordert Natasha Pittet (PRR).

Diese Ansicht ist auch in der Umfrage zu sehen: Niemand bestreitet das Recht der Deutschschweizer, im Parlament Berndeutsch zu sprechen. Joseline Soltz (PSR) schlägt vor, Abstimmungsvorlagen in beiden Amtssprachen zu formulieren: «Die Debatten verlaufen manchmal sehr zügig. Man muss nur ein

Wort falsch verstehen, und schon macht sich Unsicherheit breit.»

Mundart oder Schriftdeutsch? Die Frage ist gewichtiger als man auf den ersten Blick denken mag. Urs Scheuss (Grüne) plädiert für den Vorrang des Schriftdeutschen: «Wenn wir Biel als weltoffene Stadt positionieren, dann müssen wir eine Sprache benutzen, die auch von Auswärtigen verstanden wird. Tun wir das nicht, signalisieren wir der Welt, dass die Bieler unter sich bleiben möchten.» Ogi entgegnet: «Wer an der Bieler Gemeinschaft teilhaben will, muss sich die Mühe machen, Mundart zu lernen. Es gibt ausgezeichnete Kurse dafür.»

Leonhard Cadetg zeigt sich pragmatisch: «Ich bleibe für alle Vorschläge offen. Die Sprache im Parlament ist für mich keine Grundsatzfrage. Es geht lediglich darum, dass wir uns verstehen.»

Politiker solidarisieren sich mit Familie Safaryan/Mikayelyan

Biel Die Familie Safaryan/Mikayelyan droht bei einer Ausschaffung auseinandergerissen zu werden. Das wollen rund 30 Bieler Stadträte verhindern und fordern die Regierung zum Handeln auf.

Der in Biel wohnhaften fünfköpfigen Familie Safaryan/Mikayelyan droht die Ausschaffung. Mehr noch: Vater Ashot Mikayelyan soll mit den beiden älteren Kindern nach Kasachstan abgeschoben werden, während die Mutter mit der jüngsten Tochter nach Armenien ausreisen soll. Dies, weil die beiden Länder den jeweils ausländischen Ehepartner nicht bei sich aufnehmen wollen. Die Familie, die seit acht Jahren in der Schweiz lebt und deren Bemühungen, Asyl zu erhalten, bislang allesamt abgelehnt wurden, droht deshalb auseinandergerissen zu werden.

Nachdem das «Bieler Tagblatt» vergangene Woche über die Geschichte der Familie Safaryan/Mikayelyan berichtet hat, schalten sich jetzt zahlreiche Bieler Politikerinnen und Politiker ein. Rund 30 Mitglieder des 60-köpfigen Stadtparlaments haben einen Brief an den Gesamtgemeinderat

der Stadt Biel unterzeichnet, in dem dieser aufgefordert wird, «politisch einzugreifen und alles zu tun, damit die Integrität der Familie gesichert wird und sie hier bleiben kann». Es sind vor allem linke Parlamentarier, die das verlangen, aber auch eine Hand voll bürgerliche Volksvertreter hat das Anliegen unterzeichnet.

Konkret fordern die Unterzeichnenden den Gemeinderat in

dem Schreiben, das dem BT vorliegt, auf, durch die Fremdenpolizei Biel beim Staatssekretariat für Migration (SEM) ein Härtefallgesuch einzureichen – und dieses «nachhaltig zu unterstützen». Die Familie hatte bereits im März 2018 bei der Stadt ein Gesuch um eine Härtefallaufenthaltsbewilligung gestellt, anderthalb Jahre später, im September 2019, wurde dieses abgelehnt, die Stadt sah

die rechtlichen Voraussetzungen für einen Antrag auf Erteilung einer Härtefallbewilligung für nicht gegeben. Gegen diesen Entscheid hat die Familie Safaryan/Mikayelyan Beschwerde beim Kanton eingereicht. Es ist der letzte Versuch, die Ausschaffung auf juristischen Weg abzuwenden, die rechtlichen Mittel sind ausgeschöpft. Weshalb die Anwältin der Familie, Laura Rossi,

sich im BT überzeugt zeigte, dass es nun politischen Druck brauche. Diesen wollen nun die rund 30 Bieler Stadträte ausüben. Der Brief wird an der heutigen Stadtratssitzung dem Gemeinderat übergeben. Stadträtin Anna Tanner (SP) sagt: «Wir möchten, dass die Fremdenpolizei noch einmal auf das Härtefallgesuch eingeht.» Anders als die Behörden, gehen die Politiker davon aus,

dass die Bedingungen erfüllt seien, «die Abklärungen», sagt Tanner, «waren wahrscheinlich einfach nicht gründlich genug.»

Die Unterzeichnenden des Briefs verweisen auf die gute Integration der Familie, darauf, dass die Eltern arbeiten könnten und auch wollten, wenn sie das denn dürften. In dem Brief wird der Gemeinderat nicht nur gebeten, sich für eine provisorische Aufenthaltsbewilligung, sondern für eine Aufenthalts- und eine Arbeitsbewilligung einzusetzen. Tanner sagt: Mit dem Brief wolle man nicht nur Druck aufsetzen, sondern der Stadtregierung auch eine höhere Legitimation zur Intervention verschaffen.

Die Politikerinnen und Politiker sind nicht die ersten Unterstützer der Familie Safaryan/Mikayelyan. Auch Nachbarn, Freunde und Bekannte haben sich bereits eingesetzt, haben sich mit Empfehlungsschreiben an die Behörden gewandt. Zudem haben Lehrerinnen der Primarschule Sahligut in einem Brief an Stadtpräsident Erich Fehr (SP) geschildert, wie die drohende Abschiebung der Familie den Schulalltag belastet.

Linio Schaeren

Landverkäufe: Linke misstrauen ihrem Gemeinderat

51 Punkte umfasst die Traktandenliste, die der Bieler Stadtrat heute und morgen Abend in Angriff nimmt. Immerhin stehen keine grossen Gemeinderatsschäfte, sondern «nur» parlamentarische Vorstösse auf der Tagesordnung. Diese haben es aber durchaus in sich. So wird der Rat heute Abend gleich zu Beginn über die Forderung der Jungsozialisten, der Stadt den Verkauf von Land zu verbieten, debattieren.

Auslöser für die Motion waren Landverkäufe, die aus Sicht diverser linker Parlamentarier nur

erfolgt seien, weil die potenziellen Käufer Druck aufgesetzt hätten. Konkret geht es dabei um das Gelände beim Eingang zur Taubenlochschlucht und um eine Parzelle im Bözingenfeld, auf der die Power Integrations Switzerland ihren neuen Firmensitz errichtet. Der Vorstoss kann durchaus als Misstrauensbekundung gegenüber dem Gemeinderat verstanden werden. Motionär Miro Meyer begründete die Forderung damit, dass der Gemeinderat immer weniger abgeneigt sei, Land zu verkaufen. Und auch Christoph Grupp,

Fraktionschef der Grünen, sagt: Man würde sich zwar wünschen, dass einzelne Ausnahmen möglich blieben, traue dem Gemeinderat aber in dieser Hinsicht nicht über den Weg. Deshalb unterstützen die Grünen die Juso-Motion, dasselbe gilt für die SP-Fraktion.

Ebenfalls heute Abend dürfte der Stadtrat die Motion von Ruth Tennenbaum (Passerelle) behandeln, die fordert, dass es in Biel zu einer Konsultativabstimmung zum A5-Westast kommt, wenn im laufenden Dialogprozess kein Konsens gefunden

werden kann. Der Gemeinderat möchte die Motion in einen Prüfauftrag umwandeln, da er glaubt, dass eine rechtlich unverbindliche Konsultativabstimmung nur dann Sinn macht, wenn vorher klar ist, wie Bund und Kanton mit dem Resultat umgehen würden. Tennenbaum hält dem entgegen, dass die Kontrolle darüber, ob es letztlich zu einer Abstimmung kommen soll oder nicht, beim Stadtrat bleiben müsse – weshalb sie an der Motion festhält. Sie hat wohl gute Chancen, sich damit im Rat durchzusetzen. lsg